

Darum sollten die Beziehungen zu Norwegen ausgebaut werden

Ex-Diplomat Georges Baur führte am Donnerstag aus, wie Liechtenstein auf die aktuellen geopolitischen Umbrüche reagieren könnte.

Eineinhalb Jahre nachdem Bundeskanzler Olaf Scholz erstmals von einer «Zeitenwende» sprach, ist der Begriff immer noch in aller Munde. Er steht für den Abschied von der Friedensperiode, die sich 1989 mit der Auflösung des Ostblocks etabliert hatte – und im Februar 2022 mit Russlands Angriff auf die Ukraine ihr Ende fand. Mit einem Schlag wurden alte Gewissheiten über den Haufen geworfen und westliche Staaten mussten erkennen, dass man sich inmitten einer geopolitischen Umwälzung befindet: China fordert die USA als führende Weltmacht immer stärker heraus, Russland zerstört die europäische Friedensordnung. Und neben dem Ukraine-Krieg drängt nun auch die Eskalation im Nahen Osten den Westen zum Handeln.

Doch was bedeutet dieser geopolitische Umbruch für Liechtenstein? Dieser Frage geht das Liechtenstein-Institut in einer dreiteiligen Vortragsreihe nach. Am Donnerstag gab in einem ersten Teil Georges Baur, Rechtsforscher am Liechtenstein-Institut und Ex-Diplomat,

eine Einführung in das Thema. Der Experte betonte, dass die derzeitigen Entwicklungen auch das Fürstentum nicht kalt lassen dürfen. Die Vorstellung, dass Liechtenstein als eine «Insel der Seeligen» von den weltweiten Entwicklungen unberührt bleibt, ist für ihn eine Illusion. Denn «Kleinheit an sich bedeutet nicht, dass man vor irgendwelchen Angriffen geschützt ist», erklärte der Rechtsforscher. Als Beispiel verwies er auf die Bombendrohung von vergangener Woche. Glücklicherweise handelte es sich nur um eine leere Drohung: Im Vaduzer Städtle befand sich keine Bombe. Aber «es hätte genauso gut eine echte Drohung sein können», mahnte Baur.

Aktivere Aussenpolitik wäre möglich

Auch die Erfahrungen des vergangenen Jahres dürften der Landesbevölkerung vor Augen geführt haben, dass Liechtenstein von den geopolitischen Umwälzungen betroffen ist. Immerhin bekam das Land die Auswirkungen des Ukraine-Krieges zu spüren. Die grössere



Baur betonte: Liechtenstein sei keine «Insel der Seeligen». Die aktuellen Umwälzungen betreffen auch das kleine Land. Bild: N. Vollmar

Frage ist jedoch: Was kann Liechtenstein gegen diese Umwälzungen tun? Welche Möglichkeiten hat ein Mikrostaat, um in das Weltgeschehen einzugreifen? «Natürlich können wir nicht wie grössere Staaten agie-

ren. Dafür fehlen uns das Personal und die Ressourcen», so Baur. Trotzdem wäre es möglich, eine aktivere Aussenpolitik zu betreiben. So könnte man «substantiellere Beziehungen» zu bestimmten Staaten unter-

halten, die für Liechtenstein von strategischer Bedeutung sind. Und Baur hatte diesbezüglich bereits einen konkreten Staat vor Augen: Norwegen.

Liechtensteins zentraler Partner im Norden

Liechtenstein und Norwegen sind dadurch miteinander verbunden, dass beide Staaten gemeinsam mit Island Teil des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) sind, nicht aber der Europäischen Union (EU). «Norwegen ist über den EWR einer unserer wichtigsten Partner», führt Baur aus. Der skandinavische Staat wirkt bei der EWR-Gesetzgebung mit und beeinflusst dadurch auch Rechtsvorschriften, die in Liechtenstein zur Anwendung kommen. Der Durchschnittslichtensteiner mag von dieser besonderen Beziehung mit Norwegen nur wenig Kenntnis nehmen. Aber Ex-Diplomat Baur betonte: Von der Bedeutung her könne es die Partnerschaft zu Norwegen mit jener zu Österreich – und in manchen Dingen sogar mit je-

ner zur Schweiz – aufnehmen.

Solidaritätsgeste in der Polarregion

Dennoch liessen sich gemäss Baur die Beziehungen zu Norwegen noch intensivieren – zum Beispiel indem Liechtenstein den Spitzbergenvertrag von 1920 unterzeichnet. Dies wäre eine Solidaritätsgeste an Oslo, die das Fürstentum «nicht mehr als drei Milliliter Tinte kostet».

Der besagte Vertrag wurde bereits von über 40 anderen Staaten unterzeichnet: Er gesteht Norwegen die Souveränität über das Archipel Spitzbergen im Nordpolarmeer zu. Dafür dürfen Unterzeichner des Vertrags die Ressourcen auf Spitzbergen nutzen. Doch seit Beginn des Ukraine-Kriegs stelle Russland immer wieder die norwegische Souveränität über die Inselgruppe infrage. Und Norwegen werde auch unterstellt, auf Spitzbergen Spionageeinrichtungen zu betreiben. Würde Liechtenstein nun den Spitzbergenvertrag unterzeichnen, wäre dies ein Signal, dass man die Position Norwegens im Polar-Archipel unterstützt. (equ)